

Antrag 16/II/2022**AG Selbst Aktiv Berlin****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Landesvorstand (Konsens)****Abbau von Kommunikationsbarrieren zwischen Hörenden und Gehörlosen/Schwerhörigen in der SPD**

1 In Deutschland benutzen gehörlose und stark schwerhörige Menschen in der Kommunikation untereinander oft die Gebärdensprache. Mit dem Inkrafttreten des Behindertengleichstellungsgesetzes 2002 ist die Deutsche Gebärdensprache als vollwertige Sprache in Deutschland anerkannt. Gehörlose und stark schwerhörige Kinder wachsen seitdem zunehmend bilingual auf.

8
9 Gerade Jugendliche und junge Erwachsene fordern ein verstärktes Einsetzen der Deutschen Gebärdensprache in der Kommunikation mit den hörenden Menschen. Da diese zumeist keine Deutsche Gebärdensprache erlernt haben, braucht es für die gemeinsame Kommunikation den breiten Einsatz von u.a. Gebärdensprach- und/oder Schriftdolmetscher*innen.

16
17 Gehörlose und schwerhörige Menschen haben ein gesetzliches Recht auf politische Teilhabe und Partizipation. Dieses Recht ist im Lebensalltag häufig erst noch einzulösen, u.a. das Recht auf

- 21 • eine barrierefreie und verständliche Vermittlung von Informationen zum politischen und gesellschaftlichen Geschehen,
- 24 • einen gleichberechtigten Zugang zu und Teilhabe in allen gesellschaftlichen Bereichen ohne zusätzliche individuelle finanzielle Belastungen - auch in politischen Strukturen.

28
29 Auch die SPD mit ihren Gliederungen und Arbeitsgemeinschaften weist nach innen und außen noch zahlreiche Kommunikationsbarrieren zwischen Hörenden und Gehörlosen bzw. Schwerhörigen auf.

33
34 Wir fordern daher für den bereits beschlossenen aber noch weiter zu entwickelnden SPD-Inklusionsplan:

- 36 • Die Entwicklung von klaren Regelungen zum Ausbau einer barrierefreien Kommunikation zwischen Hörenden und Gehörlosen/Schwerhörigen u.a. für die Teilhabe und das Engagement am Parteileben z.B. bei der Vorbereitung und Durchführung von Parteiveranstaltungen.
- 42 • Regelungen auch für mögliche Kandidaturen von Menschen mit Beeinträchtigungen, u.a. gehörlose und schwerhörige Genoss*innen für politische Mandate und Ämter. Entstehende Kosten sind von der Solidargemeinschaft und nicht vom einzelnen Menschen mit Beeinträchtigung zu tragen.

- 48 • Die Vergütung für den Einsatz von Gebärdensprach-
49 und/oder Schriftdolmetscher*innen soll im Grund-
50 satz nach den jeweils aktuellen Regelungen des
51 Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes
52 (JVEG) erfolgen.
- 53 • Die Entwicklung von Aktionen und Maßnahmen
54 zur stärken Sensibilisierung für die Belange von
55 Menschen mit Beeinträchtigungen - u.a. auch für
56 die verschiedenen Bedürfnisse von Gehörlosen und
57 Schwerhörigen - bei Haupt- und Ehrenamtlichen.

58

59

60 **Begründung**

61 Die Deutsche Gebärdensprache (DGS) verfügt über ein ei-
62 genständiges und komplexes Sprachsystem, das sich in
63 seiner Grammatik grundlegend von der Deutschen Laut-
64 und Schriftsprache unterscheidet. Vor 2002 war die Deut-
65 sche Gebärdensprache insbesondere in der Frühförderung
66 und im Bildungsbereich lange Zeit verpönt. Die Deut-
67 sche Gebärdensprache ermöglicht Menschen mit Hör-
68 beeinträchtigungen im Gegensatz zur Laut- und Schrift-
69 sprache eine entspannte und verlässliche Kommunika-
70 tion. Durch Gebärdensprach- und Schriftdolmetscher*in-
71 nen kann die Kommunikation flüssiger und zeitsparender
72 gestaltet werden. Die meisten weniger stark schwerhöri-
73 gen Menschen nutzen die Lautsprache.

74

75 Wollen gehörlose und stark schwerhörige Menschen an
76 Parteiveranstaltungen teilnehmen, müssen sie sich oft
77 selbst um Dolmetscher*innen kümmern und ggf. damit
78 verbundene Kosten noch selbst tragen. Das entspricht
79 nicht unseren sozialdemokratischen Vorstellungen von
80 Inklusion, Teilhabe und Partizipation für alle. Damit wer-
81 den gehörlose/schwerhörige Menschen oft vom politi-
82 schen Engagement abgehalten.

83

84 Auch gehörlose und stark schwerhörige Genoss*innen
85 wollen sich in der SPD engagieren und gegebenenfalls
86 auch für ein Mandat auf der kommunalen, Länder-,
87 Bundes- oder Europaebene kandidieren. Wie andere auch
88 wollen sie sich mit ihren eigenen Erfahrungen für das
89 Gemeinwohl unserer Gesellschaft einsetzen. Ihre Teilnah-
90 me am politischen Geschehen ist aber stark dadurch er-
91 schwert, dass hörende und gehörlose/schwerhörige Men-
92 schen unterschiedliche Wege der Kommunikation haben.
93 Da nur wenige hörende Menschen eine Gebärdensprach-
94 kompetenz haben, funktioniert Kommunikation häufig
95 schriftlich, zum Beispiel via Chat. Das dauert aber lan-
96 ge und ist oft frustrierend für die Beteiligten. Diese Bar-
97 rieren können mithilfe von Gebärdensprach- und/oder
98 Schriftdolmetscher*innen gelöst werden. Gehörlose bzw.
99 schwerhörige Menschen brauchen Gebärdensprach- und
100 Schriftdolmetscher*innen, um in der Politik, um mit Poli-

101 tiker*innen auf gleicher Augenhöhe zu kommunizieren. |